

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Abschlussbericht der Parlamentarischen Dimension der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben in den vergangenen sechs Monaten auf der Grundlage ihres Arbeitsprogramms vom 18. Juni 2020 sowie der Erklärung der Parlamente der Bundesrepublik Deutschland, der Portugiesischen Republik und der Republik Slowenien zur Durchführung der Parlamentarischen Dimension der Trio-Ratspräsidentschaft vom 29. Juni 2020 insgesamt 12 Veranstaltungen und Konferenzen sowie weitere Sonderformate durchgeführt, um den Austausch der nationalen Parlamente über die wichtigsten politischen Aufgaben der Europäischen Union mit dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Ratsvorsitz zu befördern und die Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Ebenen in der Union zu stärken.

Erstmals seit dem Bestehen der Ratspräsidentschaften und ihrer parlamentarischen Begleitung musste aufgrund der COVID-19-Pandemie das gesamte Veranstaltungsprogramm im Videoformat durchgeführt werden, weil eine unmittelbare persönliche Begegnung von Parlamentariern und anderen politisch Verantwortlichen nicht möglich war. Dank des großen Interesses und des Bedürfnisses nach wechselseitigem Austausch, Information und Diskussion zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie sowie ihrer wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen, aber auch zu zahlreichen weiteren großen Herausforderungen der EU, haben alle Veranstaltungen ihren Beitrag dazu geleistet, ein stärkeres Europa nach der Krise zu schaffen, die Handlungsfähigkeit der Union zu verbessern und die Zusammenarbeit der Parlamente Europas in dieser besonderen Zeit zu intensivieren.

Unsere Triopartner, die Parlamente Portugals und Sloweniens, werden wir nun bei der erfolgreichen Durchführung ihrer Parlamentarischen Dimension der Ratspräsidentschaft unterstützen und den Weg der engen Kooperation fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die folgenden Veranstaltungen und Konferenzen, zum Teil im Ko-Vorsitz mit dem Europäischen Parlament durchgeführt:

1. Informationsgespräche mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission

Austausch mit der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments (27. Mai 2020)

In dem Informationsgespräch des Präsidenten und der Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages sowie des Präsidenten des Bundesrates mit der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments (bestehend aus dessen Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden) standen die Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie im Hinblick auf ein resilientes und faires Europa, die Perspektiven für die Konferenz zur Zukunft Europas sowie der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 – 2027 und das geplante Aufbauinstrument Next Generation EU im Mittelpunkt. Hierzu hatte die Europäische Kommission erst wenige Stunden zuvor ihre neuen Vorschläge veröffentlicht und im Europäischen Parlament vorgestellt. In der Diskussion zwischen Deutschem Bundestag, Bundesrat und Europäischem Parlament nahmen die Finanzierung wichtiger Zukunftsinvestitionen zur

Bewältigung des Klimawandels und des Umbaus der Ökonomien in Europa, die Förderung neuer Technologien sowie die Digitalisierung, aber auch die Frage nach mehr Kooperation im Gesundheitssektor breiten Raum ein. Einig war man sich darin, dass nur so die disruptive Krise als Chance genutzt werden könne, um Europa innovativer und dynamischer zu gestalten. Insgesamt begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Vorschlag der Kommission als Zeichen der Solidarität in Pandemiezeiten und unterstützten das neuartige Finanzierungsinstrument der EU. Sie wiesen aber auch auf die Notwendigkeit hin, ihrer parlamentarischen Verantwortung bei den anstehenden Beratungen auf nationaler Ebene gerecht zu werden.

Bundestagspräsident Dr. Schäuble betonte, dass die COVID-19-Pandemie auch die Planungen der Parlamentarischen Dimension der Ratspräsidentschaft tiefgreifend verändert habe. Der unmittelbare Kontakt und Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Parlamenten trügen wesentlich dazu bei, verschiedene Perspektiven zu verstehen und die Vielfalt Europas als Bereicherung zu begreifen. Deshalb seien interparlamentarische Treffen ein wesentliches Element jeder EU-Ratspräsidentschaft. Zugleich stellte er das geplante Veranstaltungsprogramm vor und kündigte für den Herbst 2020 eine Hochrangige Konferenz zu Migration und Asyl an, die gemeinsam vom Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, und den Parlamenten Deutschlands, Portugals und Sloweniens durchgeführt werden solle. Die Idee einer solchen Konferenz, die zur Stärkung der Zusammenarbeit der Parlamente in diesem Bereich beitragen könne, wurde vom Präsidenten des Europäischen Parlaments Sassoli lebhaft unterstützt.

Austausch mit der Europäischen Kommission (2. Juli 2020)

Am 2. Juli 2020 informierte sich das Kollegium der Europäischen Kommission über die Schwerpunkte der Parlamentarischen Dimension der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in einer Videokonferenz mit dem Präsidenten und den Vorsitzenden der Fraktionen im Deutschen Bundestag sowie dem Präsidenten des Bundesrates. Zugleich stellte die Präsidentin der Europäischen Kommission die wichtigsten Aufgaben auf europäischer Ebene für die kommenden Monate vor – die Bewältigung der COVID-19-Pandemie und ihre Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und den internationalen Handel sowie die Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens bzw. des Aufbauinstruments Next Generation EU. Als weitere Schwerpunkte benannte sie die beginnende Umsetzung des Europäischen Grünen Deals sowie die Verhandlung des Asyl- und Migrationspakets, das darauf abzielt, Solidarität und Steuerung der Migration miteinander zu verbinden. Außerdem ging sie auf die Herausforderung eines erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich, wichtige Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und die weitere Ausgestaltung der Beziehung der EU zu den USA, China, Russland und der Türkei ein.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass der schnelle Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen bzw. zum Aufbauinstrument sowie die zügige Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses in den nationalen Parlamenten ein wichtiger Baustein dafür sei, schnell aus der Krise zu kommen, die Wirtschaft zu beleben und grundlegenden Innovationen einen großen Anstoß zu geben. Investitionen in eine CO₂-neutrale Wirtschaft, die Digitalisierung und neue Technologien zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Zukunftsbranchen müssten hierbei im Mittelpunkt stehen. Formuliert wurde der Wunsch nach einem kontinuierlichen Austausch mit der Europäischen Kommission zu diesen Themen. Zudem äußerte sich die deutsche Seite zustimmend zu Zielen und Ausrichtung der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas, an der die nationalen Parlamente gleichberechtigt beteiligt werden müssten. Der für Interinstitutionelle Beziehungen zuständige Vizepräsident Šefčovič betonte die große Bedeutung der Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten für die Kommission. Eine starke Unterstützung durch die Parlamente trage zur demokratischen Legitimität europäischer Politik bei.

Neben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nahmen die drei Exekutiv-Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis, Frans Timmermans und Margrethe Vestager, der Vizepräsident und Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell i Fontelles sowie Vizepräsident Maroš Šefčovič und Kommissarin Ylva Johansson an dem Austausch teil.

2. COSAC-Veranstaltungen und Konferenzen

COSAC-Vorsitzendentreffen (14. September 2020)

Auf der Sitzung tauschten sich die Vorsitzenden der EU-Ausschüsse der mitgliedstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments mit dem Vorsitzenden des Rates der EU, Bundesminister Maas u. a. über die geopolitischen Herausforderungen der EU aus, insbesondere die Lage in Belarus und das Verhältnis zu Russland und China. Des Weiteren wurden die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die digitale Transformation und die europäische Asyl- und Migrationspolitik thematisiert. Einige Redner mahnten

einen raschen Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas an, während andere den Wunsch nach einer baldigen Einigung in den laufenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen bekräftigten. Letztgenanntes Thema durchzog auch den zweiten Diskussionsblock mit dem Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und Lehren aus der Krise. Dabei gingen die Redner v. a. auf den Aufbauplan Next Generation EU und die Finanzierung der digitalen und grünen Transformation ein. Viele Rednerinnen und Redner sprachen sich zudem für mehr Kooperation und Koordination auf europäischer Ebene aus, insbesondere um erneute Grenzschießungen zu vermeiden und das Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten.

Vorsitz: G. Krichbaum (Deutscher Bundestag), G. Wolf (Bundesrat)

Teilnehmende Abgeordnete: 49 aus 27 Mitgliedstaaten und 5 weiteren Ländern sowie dem Europäischen Parlament

Am 17. September 2020 diskutierten die Vorsitzenden in einem Sondertermin mit dem Leiter der Taskforce für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich, Michel Barnier, über den Stand der Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Die wortnehmenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich hierbei vielfach enttäuscht über den stagnierenden Verlauf der Verhandlungen und den Vertrauensverlust, den das britische Binnenmarktgesetz bewirkt habe.

Am 29. Oktober 2020 fand ein virtuelles Treffen der COSAC-Vorsitzenden mit Vera Jourová, Vizepräsidentin der Kommission, und Justizkommissar Didier Reynders anlässlich der Veröffentlichung des ersten Rechtsstaatsberichts der Kommission statt. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, stand diesem Kreis am 23. November 2020 für Fragen zur Wettbewerbs- und Industriepolitik der Kommission sowie rund um den digitalen Wandel zur Verfügung.

Die Sonderformate per Videokonferenz ermöglichen den EU-Ausschüssen der nationalen Parlamente die schnelle Information aus erster Hand und den Austausch zu wichtigen aktuellen Themen. Nach Einschätzung des Deutschen Bundestages und des Bundesrats haben sich diese Formate in den zurückliegenden Monaten sehr bewährt und könnten als COSAC-Agora von künftigen Parlamenten der Ratspräsidentschaft fortgesetzt werden.

Virtuelle COSAC (30. November – 1. Dezember 2020)

Am 30. November und 1. Dezember 2020 fand die Virtuelle Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) statt. Zum Auftakt der Konferenz tauschten sich die Delegierten in einer Aktuellen Stunde über die transatlantischen Beziehungen aus. Die Vertreter der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments nahmen den Ausgang der US-Wahl als Anlass zur vorsichtigen Hoffnung auf mehr Verlässlichkeit und die Wiederbelebung der Zusammenarbeit in multilateralen Foren, wobei durchaus selbstkritisch anklang, dass die EU in den Bereichen Verteidigung und innere Sicherheit selbstständiger auftreten müsse.

Die zweite Session befasste sich mit der Zusammenarbeit in der Union bei Pandemien und in der Gesundheitsvorsorge. In der Debatte mit Dr. Andrea Ammon, Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC), und Thomas Gebhart, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, kamen u. a. Forderungen nach einer besseren digitalen Vernetzung und einem an einheitliche Kriterien geknüpften Datenaustausch zur Sprache. Zudem wurde auf Schwierigkeiten bei Tests und Rückverfolgung sowie der notwendigen Harmonisierung der Reiseregulungen innerhalb der EU verwiesen. Einige Parlamentarier und -innen sprachen sich auch für eine Stärkung des ECDC aus.

Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, zog in der dritten Beratungseinheit eine erste Bilanz zum deutschen Ratsvorsitz. Die Debatte war von unterschiedlichsten Fragestellungen geprägt und griff unter anderem die Themen Mehrjähriger Finanzrahmen und Wiederaufbaufonds Next Generation EU, Außenbeziehungen der EU – etwa zu China –, die Erweiterungspolitik, Asyl und Migration sowie die Klimaschutzziele bis 2030 auf. Letztere müssten laut Bundeskanzlerin ambitioniert, aber für die Industrie zu bewältigen sein.

Die vierte Session mit Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen war dem Thema Zukunft der EU gewidmet. Die Kommissionspräsidentin ging auf eine zentrale Forderung vieler nationaler Parlamente ein und sicherte ihnen zu, dass sie sich für ihre angemessene Beteiligung an der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas, einschließlich des Steuerungsgremiums, einsetzen werde. Die Debatte war geprägt von Zukunftsfragen, wie der grünen Transformation und der Erweiterung der EU. Der Mehrjährige Finanzrahmen und der Wiederaufbaufonds seien laut von der Leyen auch als Chance für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft zu begreifen.

Der letzte Tagesordnungspunkt initiierte einen Austausch zwischen den Delegierten und eingeladenen afrikanischen Gästen. In seinem Impulsvortrag regte Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident a. D. und Afrika-Experte, die Delegierten dazu an, Afrika nichtmehr als Objekt wohlmeinender Fürsorge, sondern als eigenständiges politische Subjekt mit eigenen Visionen, eigenem Handlungswillen und eigenen Handlungsoptionen und Partner auf Augenhöhe zu betrachten, womit er bei den Delegierten und den afrikanischen Gästen auf offene Ohren stieß. Der folgende Austausch brachte verbindende Elemente und einige bestehende Herausforderungen, etwa in der Agrarpolitik, zu Tage.

Vorsitz: G. Krichbaum (Deutscher Bundestag), G. Wolf (Bundesrat)

Teilnehmende Abgeordnete: 130 aus 27 Mitgliedstaaten und 9 weiteren Ländern sowie dem Europäischen Parlament

3. Siebzehnte Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (4. September 2020)

Der erste Sitzungsteil der Konferenz diente dem Austausch mit dem Hohen Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik (HV), Josep Borrell i Fontelles. In seiner Einleitung umriss er die geopolitische Situation und die vordringlichsten Handlungsfelder der EU. In der Diskussion wurden insbesondere die aktuellen Ereignisse in Belarus, im Nahen Osten und im Mittelmeerraum, aber auch die Beziehungen zu China und den USA thematisiert. Bekräftigt wurde dabei, dass die durch COVID-19 verursachte Pandemiekrise die Notwendigkeit einer überzeugenderen und effektiveren EU-Außen- und Sicherheitspolitik deutlich gemacht habe. Zugleich offenbarte die Pandemie, dass das globale System geschwächt sei und der Multilateralismus unter Druck stehe. In der sich verändernden geopolitischen Landschaft bestehe die Verantwortung der EU darin, als globaler Akteur und Sachwalter einer multilateralen regelbasierten Ordnung zu handeln, in deren Zentrum die Vereinten Nationen stehen. Aufgabe der EU sei es, die internationale Zusammenarbeit mithilfe des Systems der multilateralen Organisationen zu stärken und sich strategisch mit gleichgesinnten Partnern und weiteren globalen Akteuren zusammenzuschließen. Zudem begrüßten eine Reihe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern die „Globale Reaktion der EU auf COVID-19“, die auf die am stärksten gefährdeten Länder ausgerichtet ist, und erinnerten daran, dass das geopolitische Handeln der EU maßgeblich auch von der Zuweisung entsprechender Haushaltsmittel im Rahmen des kommenden Mehrjährigen Finanzrahmens abhängt.

Der zweite Sitzungsteil stand unter dem Motto: Wege zur Verteidigungsunion – Strategische Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Hierzu führte Dr. Ronja Kempin von der Stiftung Wissenschaft und Politik ein. Im Anschluss wurde intensiv über die weiteren Schritte zur Entwicklung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten debattiert. So betonten einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Notwendigkeit, dass sich die NATO-Mitgliedstaaten, die sich an entsprechenden EU-Programmen wie dem Europäischen Verteidigungsfonds beteiligten, zu einer neuen Ära echter Interoperabilität beitragen sollten. Die Ziele des „Pooling and Sharing“, der Fähigkeitenentwicklung und der Entsendung von Streitkräften zugunsten der Union und des transatlantischen Bündnisses müssten intensiver als bisher verfolgt werden. Daneben wurde gefordert, dass sich die Kommission, der Hohe Vertreter und alle Parlamente in der EU engagiert in die Debatte über die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik einbringen. Im Mittelpunkt dabei stand die Frage, wie die in Art. 42 Abs. 2 EUV vereinbarten Ziele schrittweise vorangebracht werden können.

Vorsitz: D. Nietan (Deutscher Bundestag), D. McAllister (Europäisches Parlament)

Teilnehmende Abgeordnete: 138 aus 27 Mitgliedstaaten und 5 weiteren Ländern sowie dem Europäischen Parlament

4. Fünfzehnte Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (12. Oktober 2020)

Die Konferenz gem. Art. 13 Fiskalvertrag beschäftigte sich in ihrer ersten Sitzung mit dem Thema „Neue Partnerschaft: Bekommt die Geldpolitik nun die geforderte Unterstützung?“ Im Vordergrund stand hierbei das Zusammenspiel von Geld- und Fiskalpolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Zudem wurden Fragen zur expansiven Geldpolitik der EZB, die aktuellen fiskalischen Impulse auf nationaler und europäischer

Ebene sowie die Architektur und möglichen Konstruktionsfehler der WWU näher beleuchtet. Der deutsche Delegationsleiter bekräftigte dabei, dass er sich im Rahmen der zweimal jährlich stattfindenden Konferenzen der SWKS einen regelmäßigen geldpolitischen Dialog mit der EZB wünsche (Einführung: Prof. I. Schnabel, EZB; Vorsitzender Rat Wirtschaft und Finanzen, Bundesminister O. Scholz).

Die zweite Sitzung stand unter dem Motto „Zukunft der europäischen Fiskalregeln: Sind die Vorschriften zur haushaltspolitischen Überwachung noch zielführend?“. Diskutiert wurde darüber, mit welchen Mechanismen dauerhaft tragfähige öffentliche Finanzen und nachhaltiges Wachstum wirksam sichergestellt, makroökonomische Ungleichgewichte vermieden, die Konvergenz der Wirtschaftsleistungen unter den Mitgliedstaaten gefördert und eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Euroraum gewährleistet werden können. Angesichts der im März 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie erstmals temporär ausgesetzten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts widmete sich die Debatte insbesondere der Frage, wie der fiskalische Pfad in den nächsten zwei bis drei Jahren ausgestaltet werden soll (Einführung: geschäftsführender Direktor des ESM K. Regling; Kommissar für Wirtschaft und Währung P. Gentiloni).

Aufbauend auf der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung wurden in der dritten Sitzung zum Thema „Wirtschaftliche Erholung in Europa – was sind die nächsten Schritte?“ Details zum Wiederaufbauplan Next Generation EU und dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen sowie seine Umsetzung in den Mitgliedstaaten besprochen. Die Verzahnung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit mit nationalen Initiativen sowie die Beteiligung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments stellten weitere Themen der Sitzung dar (Einführung: Vizepräsident der Kommission V. Dombrovskis; Vorsitzender Rat Wirtschaft und Finanzen, Bundesminister P. Altmaier).

Vorsitz: Dr. A. Berghegger sowie Dr. h.c. H. Michelbach und O. Wittke (Deutscher Bundestag)

Teilnehmende Abgeordnete: 122 aus 26 Mitgliedstaaten und 5 weiteren Ländern sowie dem Europäischen Parlament

5. Hochrangige interparlamentarische Konferenz zu Migration und Asyl in Europa (19. November 2020)

Die Hochrangige Interparlamentarische Konferenz zu Migration und Asyl wurde erstmals durchgeführt und gemeinsam vom Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, dem Deutschen Bundestag sowie dem portugiesischen und slowenischen Parlament unter Beteiligung von Abgeordneten der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments ausgerichtet.

Ziel der vom Deutschen Bundestag initiierten Konferenz war es, eine breit angelegte Diskussion unter Parlamentariern auf Grundlage der neuen Vorschläge der Kommission zu Migration und Asyl anzustoßen, das Verständnis der gegenseitigen Positionen zu dieser Thematik zu fördern, um somit Fortschritte bei der Erarbeitung einer gemeinsamen EU-Migrations- und Asylpolitik zu erzielen und eine neue Dynamik in die entsprechenden Verhandlungen im Rat zu bringen. Die Konferenz bot einige für interparlamentarische Treffen innovative Neuerungen, wie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gemeinsame Steuerung von Migration und Asyl“ mit den Präsidenten des Deutschen Bundestages, der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments sowie dem Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration und Abgeordneten. Hierbei wurde der Erwartung einer raschen Auflösung der Blockade hin zu einem Neustart bei der europäischen Migrations- und Asylpolitik Ausdruck verliehen. Dies sei auch für die globale Glaubwürdigkeit der EU unverzichtbar. In drei parallel durchgeführten Arbeitsgruppen zum Verhältnis von Solidarität und Verantwortung beim Management von Migration und Asyl, zur externen Dimension von Migration sowie legaler Migration und Integration fanden gezielte Diskussionen zwischen Vertretern der Kommission, der deutschen Ratspräsidentschaft und den Parlamentariern sowie Politikern der regionalen Ebene, Praktikern von Nicht-Regierungsorganisationen und der Privatwirtschaft statt. Dabei wurden nationale und europäische Perspektiven den Erfahrungen vor Ort gegenübergestellt sowie ein dringender Appell für eine zügige Lösung angemahnt. Asylberechtigten müsse geholfen und der Druck auf Mitgliedstaaten an den Außengrenzen reduziert werden. Migrantinnen, die keinen Anspruch auf internationalen Schutz haben, sollten zügig zurückgeführt werden können. Dass Migration eng mit zahlreichen anderen Bereichen verknüpft und für einen konstruktiven Umgang damit die Zusammenarbeit mit Drittstaaten notwendig ist, wurde in der zweiten Arbeitsgruppe deutlich. Daher bedürfe es ganzheitlicher Partnerschaften und Kooperationen mit Herkunfts- und Transitstaaten. In der dritten thematischen Arbeitsgruppe wurden zusätzliche Vorschläge zur legalen Migration von der Kommission gefordert. Außerdem müssten die Beratungen zur sog. Richtlinie über die Blaue Karte zügig abgeschlossen werden, wobei auch EU-Regelungen für weniger qualifizierte Zuwanderer benötigt würden.

Die Konferenz endete mit einer Plenardiskussion mit Berichten aus allen drei Arbeitsgruppen sowie Schlussworten der Präsidenten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments. Diese begrüßten, dass die Konferenz bei den Parlamentariern auf große Resonanz gestoßen sei und nahmen sich vor, den angestoßenen Prozess fortzuführen.

Vorsitz: Präsident D. M. Sassoli (Europäisches Parlament), A. Lindholz (Deutscher Bundestag), J. F. Lopez Aguilar (Europäisches Parlament), M. Gregorčič (slowenisches Parlament), T. Tobé (Europäisches Parlament), L. Capoulas Santos (portugiesisches Parlament)

Teilnehmende Abgeordnete: 105 aus 24 Mitgliedstaaten und einem weiteren Land sowie dem Europäischen Parlament

6. Thematische Konferenzen der Ausschussvorsitzenden aus den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament

Europa in der Pandemie: Forschung und Innovation für ein resilientes Gesundheitssystem (7. September 2020)

Die Konferenz zog eine erste Zwischenbilanz über die Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und befasste sich mit Vorschlägen für eine intensivere Zusammenarbeit im Gesundheitssektor, neuen Impulsen für die Förderung der Gesundheitsforschung und Möglichkeiten zur Bewältigung von Krisen mit Hilfe digitaler Instrumente. In der ersten Session diskutierten Sandra Gallina, stellvertretende Leiterin der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der Europäischen Kommission, Dr. Peter Liese, Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments, Dr. Andrea Ammon, Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und Manuel Pizarro, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments, mit den teilnehmenden Abgeordneten insbesondere über die Lehren, die bisher aus der COVID-19-Pandemie gezogen werden können. Es bestand Einigkeit, dass zwischen den Mitgliedstaaten eine noch engere Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich erforderlich ist. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, dass es zentrale Aufgabe der Politik der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten sei, auch in Krisensituationen zu gewährleisten, dass die Bevölkerung jederzeit mit notwendigen Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung versorgt ist. Diskutiert wurden zudem Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitsbereich hin zu einem besseren und schnelleren Datenaustausch und einem gemeinsamen Gesundheits-Datenraum, der für die Erfassung des Infektionsgeschehens notwendig und anzustreben ist. Hierzu zähle auch die Kompatibilität der einzelnen Corona-Apps. Darüber hinaus wurde thematisiert, dass die Ausweitung der Testung und die Bewertung von Infektionsrisiken die erste und entscheidende Reaktion auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren darstelle. Jedoch müsse der Umgang mit Infektionszahlen vereinheitlicht werden und auf Grundlage gemeinsamer Kriterien erfolgen. Eine Reihe der wortnehmenden Abgeordneten sprachen sich für eine bessere Vorbereitung und Koordinierung gemeinsamer Krisenreaktionen aus und unterstützten eine Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und seine Einbindung in ein EU-weites Berichtssystem.

Die zweite Session befasste sich mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Gesundheitsforschung und der europäischen Forschungsförderung zur Unterstützung einer nachhaltigen Krisenbewältigung. Impulsreferate wurden von Jean-Eric Paquet, Leiter der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission, und Prof. Dr. Christian Drosten, Direktor des Instituts für Virologie der Charité – Universitätsmedizin Berlin gehalten. Sie betonten u. a., dass es für die global auftretende COVID-19-Pandemie auch über-europäischer Lösungsansätze bedürfe. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten verstärkt über den notwendige Forschungsbedarf bezüglich der aktuellen Pandemie und dessen Finanzrahmen. Übereinstimmend stellten sie fest, dass durch eine Bündelung der Ressourcen die EU und ihre Mitgliedstaaten mehr erreichen könnten. Dabei solle aus dem Spannungsverhältnis zwischen der Exzellenzforschung in einigen Ländern und der bedarfsorientierten Forschung in anderen Ländern verstärkt Nutzen gezogen werden. Dem Austausch von Forschungsdaten in einem vertrauenswürdigen Umfeld komme in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu. Um Desinformation bekämpfen zu können, sollte zudem die Wissenschaftskommunikation stärker gefördert werden. Ebenso bedürfe die epidemiologische Begleitforschung der größeren Beachtung. Viele Abgeordnete unterstützten daher die Forderungen des Europäischen Parlaments, dass bei den anstehenden Beratungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen für die Gesundheitsforschung („EU4Health“) und die Forschung insgesamt („Horizont Europa“) mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zugleich seien die nationalen Parlamente aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass in den Mitgliedstaaten 3 % des BIP für die Forschung eingesetzt werden.

Vorsitz: E. Rüdgel, Dr. E. D. Rossmann, M. Höferlin (Deutscher Bundestag)

Teilnehmende Abgeordnete: 59 aus 24 Mitgliedstaaten und 2 weiteren Ländern sowie dem Europäischen Parlament

Europäischer Grüner Deal und Gemeinsame Agrarpolitik: Für ein nachhaltiges und klimaneutrales Europa (5. Oktober 2020)

Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens durch die EU, der von der Europäischen Kommission vorgestellte Europäische Grüne Deal sowie die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik. In einer Session zu den umwelt-, wirtschafts- und mobilitätspolitischen Aspekten des Europäischen Grünen Deals diskutierten die Abgeordneten mit Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, Herald Ruijters, Direktor in der Generaldirektion Mobilität und Verkehr der Kommission und Michał Kurtyka, Minister für Klima der Republik Polen. Zu den Diskussionsschwerpunkten gehörten die Verknüpfung umwelt- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele der EU sowie das Thema klimaneutrale und intelligente Mobilität der Zukunft. Dabei wurden die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei der notwendigen Transformation im Geiste der Solidarität und des sozialen Wohls niemand zurückgelassen werden dürfe. Vielmehr sollten alle bestehenden Chancen für neue wirtschaftliche Perspektiven und neue Arbeitsplätze ergriffen werden. Darüber hinaus wurde intensiv über die Finanzierung des Europäischen Grünen Deals mit seinen vielfältigen Projekten diskutiert. Um große nationale und regionale Disparitäten bei der anstehenden Transformation zu berücksichtigen, müssten im Mehrjährigen Finanzrahmen und über das Instrument Next Generation EU die hierfür notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Weiterhin wurden die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten gebeten, den Dialog mit den nationalen Parlamenten zu vertiefen, damit diese noch besser ihren Beitrag dazu leisten können, die Anliegen und Ziele des Europäischen Grünen Deals gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten zu erklären und die öffentliche Debatte hierüber zu führen.

In der zweiten Session beschäftigte die Abgeordneten insbesondere der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Nach einem Grußwort der Vorsitzenden im Rat für Landwirtschaft und Fischerei, Bundesministerin Julia Klöckner, debattierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Janusz Wojciechowski, EU-Kommissar für Landwirtschaft, und Norbert Lins, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments. Im Zentrum der Debatten standen hierbei Fragen der Umsetzung der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der in vielen Mitgliedstaaten anstehende Generationenwechsel in der Landwirtschaft. Diskutiert wurden außerdem die Mindestanteile für Öko-Regelungen bei den Direktzahlungen sowie die Grundvoraussetzungen der ökologischen Wirksamkeit verschiedener Klima- und Umweltmaßnahmen beim Einsatz von Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Vorsitz: S. Kötting-Uhl, C. Özdemir, A. Gerig (Deutscher Bundestag)

Teilnehmende Abgeordnete: 79 aus 24 Mitgliedstaaten und 2 weiteren Ländern sowie dem Europäischen Parlament

Für ein soziales und faires Europa (9. November 2020)

Im ersten Teil dieser Konferenz versuchten die Abgeordneten Antworten auf die Frage zu finden, wie die Stärkung der sozialen Dimension auf Grundlage der Europäischen Säule der sozialen Rechte die EU und ihre Mitgliedstaaten krisenfester machen kann. Dabei lagen die Diskussionsschwerpunkte insbesondere auf den sozialen Herausforderungen im Zuge der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie sowie dem neuen Vorschlag der Europäischen Kommission für einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne. Als Diskussionspartner standen Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte und Detlef Scheele, Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, zur Verfügung. In der Debatte begrüßten viele Abgeordnete anerkennend die wirkungsvolle Reaktion der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen, insbesondere der Kommission, auf den Ausbruch der COVID-19-Pandemie gerade im sozialen Bereich und befürworteten die neu eingeführten Instrumente auf europäischer Ebene, vor allem das mit 100 Mrd. Euro ausgestattete Instrument SURE zur Unterstützung von Kurzarbeitsregelungen in den Mitgliedstaaten. Zugleich sprachen sich eine Reihe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern dafür aus, Maßnahmen gegen Sozialdumping zwischen den Mitgliedstaaten zu ergreifen und einem Wettbewerb um niedrige Löhne auf dem Binnenmarkt entschieden entgegenzuwirken. Insgesamt befürworteten viele Abgeordnete eine noch intensivere Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer

und internationaler Ebene im Sozialbereich. Solidarität und Souveränität sollten die Schlüsselbegriffe dieser Zusammenarbeit sein.

In einer zweiten Session widmeten sich die Teilnehmenden der Sorgfaltspflicht europäischer Unternehmen für ihre Lieferketten als Teil der Verantwortung der EU gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Welt. Diskutiert wurde mit Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz, Lara Wolters, Initiatorin der Berichterstatterin zum Thema Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments, sowie Dr. Annette Niederfranke, Direktorin der Vertretung in Deutschland der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen. Im Mittelpunkt stand unter anderem die Frage, wie eine rechtlich verbindliche Regelung auf europäischer Ebene ausgestaltet werden kann, um zu fairen Arbeitsbedingungen und zur Einhaltung von Umweltstandards in Drittstaaten, mit denen die EU Handel betreibt, beizutragen.

Vorsitz: M. Bartke und U. Kekeritz (Deutscher Bundestag)

Teilnehmende Abgeordnete: 63 aus 24 Mitgliedstaaten und einem weiteren Land sowie dem Europäischen Parlament

7. Siebente Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol (28./29. September 2020)

Schwerpunkte der Sitzung bildeten die Themen Herausforderungen für Europol und die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in Pandemiezeiten, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in der EU sowie die künftige Rolle von Europol angesichts des erwarteten Kommissionsvorschlages zur Änderung der Europol-Verordnung. Die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU im Bereich der inneren Sicherheit nach dem Brexit standen ebenfalls im Fokus der Sitzung. Zu den einzelnen Punkten berichteten Vertreterinnen und Vertreter von Europol. An der Sitzung nahmen auch die EU-Kommissarin für Inneres, Yvla Johansson sowie Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzender des Rates für Justiz und Inneres teil. Als Experte für das Schwerpunktthema Rechtsterrorismus war der Präsident des Verfassungsschutzes des Landes Niedersachsen, Bernhard Witthaut, geladen.

Im Ergebnis der Beratungen formulierte der deutsche Ko-Vorsitz vier zentrale Punkte:

- (1) In den laufenden Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen sei eine Kurskorrektur erforderlich, damit Europol mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden kann.
- (2) Der europaweite Kampf gegen Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus sei eine Aufgabe von höchster Dringlichkeit für Europol und brauche neue und moderne Ermittlungstechniken, eine gemeinsame Definition von Rechtsextremismus innerhalb der EU sowie eine stärkere Koordinierung der Mitgliedstaaten.
- (3) Damit die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch Europol sichergestellt werden könne, soll – auch mit Blick auf die anstehende Änderung der Europol-Verordnung – Rechtssicherheit herbeigeführt werden.
- (4) Für die Fortführung der engen Zusammenarbeit zwischen Europol und dem Vereinigten Königreich für die Zeit nach dem 31. Dezember 2020 sei eine Lösung dringend notwendig.

Die Ergebnisse der Sitzung wurden in zusammenfassenden Schlussfolgerungen festgehalten.

Vorsitz: J. F. Lopez Aguilar (Europäisches Parlament), S. Mittag (Deutscher Bundestag) und B. Pistorius (Bundesrat)

Teilnehmende Abgeordnete: 103 aus 27 Mitgliedstaaten und einem weiteren Land sowie dem Europäischen Parlament

8. Erstes Treffen der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zur Bewertung der Tätigkeit von Eurojust (1. Dezember 2020)

Auf Einladung des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat kamen am 1. Dezember 2020 in einer ersten Sitzung Abgeordnete der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments zur Evaluierung der Aktivitäten von Eurojust zusammen. Das Treffen ging auf die neue Eurojust-Verordnung (EU) 2018/1727 zurück, die seit 12. Dezember 2019 Anwendung findet. Danach sind die Tätigkeiten von Eurojust mindestens einmal jährlich im Rahmen einer interparlamentarischen Sitzung im Europäischen Parlament unter Beteiligung des Präsidenten der Agentur zu bewerten. Damit solle ein Zuwachs an Kompetenzen für Eurojust mit einer Steigerung der demokratischen Legitimität einhergehen und dem Vertrag von Lissabon Rechnung getragen werden, wie dies bereits bei der Einrichtung des Europol-Kontrollausschusses der Fall war.

Auf der Sitzung berieten die Abgeordneten neben den aktuellen Aktivitäten von Eurojust im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie auch die Zusammenarbeit der Agentur mit der neu geschaffenen Europäischen Staatsanwaltschaft und mit Drittstaaten, insbesondere dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit. Sie begrüßten diesen neuen Austausch über die justizielle Zusammenarbeit in der EU, die Möglichkeit über bewährte Praktiken auf nationaler Ebene zu beraten und sich neue Unterstützungsmöglichkeiten durch Eurojust zu erschließen. Eurojust war durch seinen Präsidenten Ladislav Hamran vertreten. Daneben nahmen Justizkommissar Didier Reynders, Vizepräsident Klaus Meyer-Cabri, der französische Europäische Staatsanwalt Frederic Baab, Hans-Holger Herrnfeld als Vertreter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und die US-amerikanische Verbindungsstaatsanwältin bei Eurojust Rachel Yasser an der Sitzung teil. Die Abgeordneten sprachen sich für die Etablierung einer engen Kooperation zwischen der neu eingerichteten Europäischen Staatsanwaltschaft aus, damit beide Agenturen vom gegenseitigen Mehrwert profitieren und Synergien geschaffen werden können. Die nationalen Parlamentarier sowie der Vertreter des britischen House of Lords warben für eine enge Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit. Die Evaluierung von Eurojust soll von nun an einmal im Jahr stattfinden.

Vorsitz: J. F. Lopez Aguilar (Europäisches Parlament)

Teilnehmende Abgeordnete: 59 aus 21 Mitgliedstaaten sowie dem Europäischen Parlament

Dr. Wolfgang Schäuble

Präsident des Deutschen Bundestages

